

DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg startet Kampagne für solidarische Gesundheitspolitik

Aktion "Gute Besserung"

Der DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg hat jetzt eine Unterschriftenaktion zum Thema solidarische Gesundheitspolitik gestartet. Titel: "Gute Besserung". Der DGB wendet sich gegen eine Gesundheitsreform auf Kosten der Versicherten, also der Beschäftigten.

Mit einem gemeinsamen Fachkongress in Ludwigsburg starteten DGB, Verdi und die IG Metall-Verwaltungsstellen der Region Stuttgart gemeinsam die Kampagne. DGB-Landesvorsitzender Rainer Bliesener ließ keinen Zweifel daran, dass die Gewerkschaften die Interessen der Beschäftigten deutlich organisieren werden: "Wir werden die Versicherten gegen alle Pläne mobilisieren, die ausschließlich zu ihren Lasten gehen", sagte Bliesener.

Der DGB wandte sich auch scharf das Eckpunktepapier der CDU/FDP-Landesregierung zur Gesundheitspolitik. Darin wird gefordert, die Leistungen der Krankenkasse auf "medizinisch notwendige Leistungen" zu begrenzen. Weitere Leistungen



Foto: Grafitti / Rotgers

sollen nur über zusätzliche private Beiträge möglich sein.

"Sozialminister Repnik verschweigt dabei geflissentlich, dass er Kranken und Versicherten erneut an den Geldbeutel will",

so kritisiert Rainer Bliesener die Eckpunkte: "Bisher konnte noch niemand sagen, was unter Grund- und Wahlleistungen zu verstehen ist." Der DGB-Landeschef forderte die Landesre-

Krank – und was zahlt die Kasse? DGB für eine solidarische Gesundheitspolitik

gierung auf, mit den Gewerkschaften in einen konstruktiven Dialog einzutreten. Zum Beispiel darüber, welche Einsparpotenziale ohne Einschränkung der medizinischen Versorgung herauszufiltern wären. ◀

Jetzt Betriebsräte wählen – Der Fall Autohaus Fischer Nürtingen: Ohne Betriebsrat gibt's keinen Sozialplan

Wie wichtig mitunter Betriebsräte sind, zeigen die Ereignisse beim Autohaus Fischer in Nürtingen: ohne Betriebsrat kein Sozialplan. Deshalb nicht vergessen: Jetzt im März beginnen die Betriebsratswahlen.

Weil der Autobauer Opel sein Händlernetz drastisch verkleinert, soll auch das Nürtinger Autohaus dran glauben. 33 Beschäftigten wurde gekündigt, viele über 50 Jahre, durchschnittliche Betriebszugehörigkeit 23 Jahre. Die Kündigungen kamen im Oktober 2001,

obwohl das Autohaus erst dieses Jahr Ende September geschlossen werden soll. Und die Kündigungen trafen just drei Tage vor der Gründung eines Betriebsrats ein. Opel selbst hatte schon im September 2000 gekündigt.

Folge: Fischer verweigert einen Sozialplan. Juristisch hat das Autohaus wohl gute Karten, wenn auch mit "Gschmäckle". Die Geschäftsleitung hat den Braten aus ihrer Sicht gerade rechtzeitig gerochen: Zur Zeit der Kündigungen gab es noch keinen Betriebsrat. Jetzt müssen die

Beschäftigten mit Hilfe der Esslinger IG Metall mühsam vor Gericht Abfindungen einklagen – mit ungewissen Aussichten. Im Moment bietet Fischer 500 Euro für jeden Beschäftigten. "Lächerlich wenig bei diesen langen Betriebszugehörigkeiten", sagt Jürgen Groß-Bounin von der IG Metall. Der Betriebsrat will 500 Euro pro Beschäftigungsjahr für alle, sieht sich aber in der Hand der Gerichte.

Gerade für kleine Betriebe gilt: Betriebsräte sind notwendig – und nicht nur in Krisenzeiten. ◀

"Gute Besserung"

Unterschriftenlisten zur Aktion "Gute Besserung" gibt es in den DGB-Regionalbüros oder beim DGB-Landesbezirk, Willi-Bleicher-Str. 20, 70174 Stuttgart. Im PDF-Format können die Listen auch von der DGB-Homepage unter www.dgb-bw.de heruntergeladen und ausgedruckt werden. Ausgefüllte Listen beim DGB abgeben, faxen oder schicken. Weitere Infos auch unter der E-Mail-Adresse manfred.hoff@dgb.de. ◀

Amerikanisches Management (1): Der Terex-Konzern und Schaeff/Fuchs-Bagger

Den Job verlieren ist „leiden für Gewinn“

„Leiden für Gewinn“ – das ist der Leitspruch von Fil Filipov, Chef des amerikanischen Terex-Konzerns. Sein Motto will er jetzt der dem Baumaschinenhersteller Schaeff verordnen und meint mit „leiden“ wohl die rund 400 Menschen, die für mehr Gewinn ihren Job verlieren sollen.

Terex will unter anderem in den Werken Langenburg, Crailsheim, Gerabronn und bei Fuchs-Bagger in Bad Schönborn bei Bruchsal radikal streichen – von derzeit fast 1500 Beschäftigten auf künftig nur noch 980. Zudem soll die Ausbildung von 110 auf 44 Plätze reduziert werden. Dabei schreibt die Schaeff-Gruppe insgesamt schwarze Zahlen.

Die „brutale Vorgehensweise“ der Amerikaner, so Schwäbisch Halls Bevollmächtigter Hans Brauch, hat außer den Beschäftigten die ganze Region im Hohenlohischen gegen Terex und die bisherige Eigentümer-Familie Schaeff aufgebracht. 1000 Menschen beteiligten sich an einer ersten Demonstration.

Die Familie Schaeff hat mit dem Verkauf „ihre ‘Schaeffchen’



Jedes Schild eine geplante Entlassung: Rund 1000 Menschen demonstrierten in Langenburg gegen den Kahlschlag bei Schaeff und Fuchs-Bagger

ins Trockene gebracht“, so das geflügelte Wort. „Sie haben den Cash genommen und sich aus dem Staub gemacht. Das finde ich erbärmlich und zutiefst unsozial“, sagte Hans Brauch.

Der Konzernbetriebsratsvor-

sitzende Tomo Rupcic kündigte an, dass sich die Belegschaft das nicht gefallen lassen werde. Jetzt gelte es, eine konsequente Interessensvertretung zu betreiben und alle Möglichkeiten auszuschöpfen. ◀

Amerikanisches Management (2): Der Danaher-Konzern und Hengstler

"Jeden Tag mehr Geld nach Amerika senden"

Was bei Hengstler in den Werken Wehingen, Aldingen und Schramberg derzeit passiert, ist die Logik der Gewinnmaximierung auf Amerikanisch: 170 Menschen sollen entlassen werden, damit das Management „jeden Tag mehr Geld nach Amerika senden“ kann.

Die Ankündigung des Mutterkonzerns Danaher kam sehr kurzfristig über den Jahreswechsel: Die Arbeitsplätze in der Relaisproduktion sollen bis Ende Juni in die Slowakei verlagert werden. Dort müsste nur ein

Zehntel des südwestdeutschen Lohns gezahlt werden.

Am liebsten „heuern und feuern“ ohne Kündigungsfristen und Sozialplan

Dabei wurden in den letzten drei Jahren durchweg positive Betriebsergebnisse erreicht, wie der Betriebsratsvorsitzende Günter Tüx feststellt. Tüx beklagt die „handstreichartige Aktion“, mit der die Arbeitgeberseite die Ver-

lagerungspläne durchsetzen wolle. Der Konzern hätte am liebsten nach dem Prinzip „heuern und feuern“, also ohne Kündigungsfristen und Sozialplan gekündigt, so die IG Metall Albstadt. Die Amerikaner zeigten Schwierigkeiten, Gesetz und Tarif zu akzeptieren. Alternative Lösungen wurden abgelehnt. Die Amerikaner waren nicht einmal bereit, über eine Beschäftigungsgesellschaft nachzudenken: „Das rechnet sich nicht für das Unternehmen“, so der Kommentar der Geschäftsleitung. ◀

Carl Zeiss

► **Tarif für Forschung und Entwicklung:** Die IG Metall Baden-Württemberg hat mit Zeiss und der Halbleiter-Tochter SMT in Aalen einen Ergänzungstarifvertrag für die Bereiche Forschung und Entwicklung vereinbart. SMT ist damit in der Tarifbindung. Über den bisherigen tariflichen Gehaltsgruppen werden zwei Entgeltgruppen eingeführt. Das maximale Jahresentgelt sind rund 107 000 Euro. Die Regelungen zur Arbeitszeit erlauben bis zu 40 Wochenstunden; maximal 38 werden ausbezahlt. Zwei Stunden fließen auf ein Langzeitkonto, das für Blockfreizeit, früheren Ruhestand oder persönliche Qualifizierung genutzt werden kann. „Wir haben tariflichvertragliche Werkzeuge für die reale Situation in der Forschung und Entwicklung geschaffen“, sagt Mirko Geiger, der für die Bezirksleitung verhandelte: „Bisher verfielen die Stunden einfach.“ ◀

Tarifrunde 2002 auch im Metallhandwerk und bei Holz und Kunststoff eröffnet

5,5 Prozent mehr Einkommen gefordert

Nach der Metallindustrie haben auch das Metallhandwerk und die Branchen von Holz und Kunststoff ihre Tarifforderungen beschlossen: 5,5 Prozent mehr Einkommen soll es in der Tarifrunde 2002 geben.

In beiden Tarifkommissionen, des Metallhandwerks wie der von Holz und Kunststoff, wurden Forderungen unter- und oberhalb der 5,5 Prozent diskutiert. Die Forderung orientiert sich an den gesamtwirtschaftlichen Daten. Im Unterschied zur Metallindustrie wurde jedoch die Umverteilungskomponente niedriger angesetzt. Damit trugen die Tarifkommissionen der schlechteren Ertragslage ihrer Branchen Rechnung.

Lohnzurückhaltung bringt nichts, darin sind sich "Holzwürmer" wie Metallhand-



Abstimmung in der Tarifkommission: Metallhandwerker fordern 5,5 Prozent mehr Einkommen

werker einig. Nirgends gab es einen Aufbau von Arbeitsplätzen. Im Februar noch begannen die

ersten Tarifverhandlungen: Das Elektro- und das Kfz-Handwerk machten den Anfang. ◀

Firmentickets

Lieber mit Bus und Bahn ins "Geschäft"

In der Region Stuttgart könnten noch viel mehr Jahrestickets für den öffentlichen Nahverkehr verkauft werden, würden die Betriebe besser mitspielen. Das meint die IG Metall in der Region, die sich schon seit vielen Jahren für Verbesserungen bei Bus und Bahn einsetzt. Gerade eine so stark vom Automobilbau

abhängige Region sollte ein modernes Verkehrskonzept vorführen, sagt Dieter Knauss. Der Waiblinger Bevollmächtigte ist Sprecher der IG Metall-Verwaltungsstellen in der Region Stuttgart.

Der Stuttgarter Verkehrsverbund VVS bietet Jahrestickets an nach dem Motto "zwölf Monate fahren – neun Monate zahlen". Die Vergabe der verbilligten Jahreskarten ist etwas kompliziert und oft spielen die Betriebe nicht mit, wenn sie die Abwicklung der Bestellung und Bezahlung übernehmen sollen.

Dabei kann es sich für die Betriebe sogar rechnen, die Kosten für die Jahreskarten ganz oder teilweise zu bezahlen, so Dieter Knauss. Dann nämlich, wenn der Betrieb weniger teure Parkplätze vorhalten muss. Bei Kärcher in Winnenden etwa erhielten die

Beschäftigten die Hälfte der Kosten erstattet, die Azubis sogar 75 Prozent. Für die Pendler rechnen sich die Kosten im Vergleich zum Auto sowieso – ganz abgesehen vom morgendlichen Stau, der in der Region nicht die Ausnahme ist, sondern die Regel. So könnten selbstredend noch mehr Fahrgäste für Bus und Bahn gewonnen werden. Damit würde wiederum der öffentliche Nahverkehr insgesamt attraktiver und verlässlicher werden. Dieter Knauss schrieb deshalb einen Brief an die Industrie- und Handelskammer mit der Aufforderung, dass die Kammer auf ihre Mitgliedsbetriebe in solchem Sinn einwirkt. Die IHK hatte beklagt, dass durch Verspätungen im Nahverkehr volkswirtschaftliche Schäden entstünden. Dieter Knauss: "Tatsache ist, dass die Beschäftigten die Folgen der Verspätungen über ihre Gleitzeit oder nicht bezahlte Arbeitszeit tragen müssen." ◀



Dieter Knauss, Sprecher der IG Metall in der Region Stuttgart

Frauenpower 2002

► Was ist los am 8. März?

Zum Beispiel in Heilbronn: am Nachmittag Infostand in der Stadt; 20 Uhr Frauenfest.

► **Stuttgart:** z. B. Kulturfest im DGB-Haus, 20 Uhr: Frauenkabarett, Rock, Soul und Chansons.

► **Reutlingen:** Frauencafés im Betrieb und Sprechstunden.

► **Ludwigsburg:** "Lila Luder" im Scala, 20 Uhr.

► **Aalen:** z. B. Beteiligung am Frauenkongress 8. und 9. im Rahmen des Landesjubiläums

► **Gaggenau:** z. B. "ein Jahr Betriebsvereinbarung Förderung von Frauen" bei Daimler-Chrysler Rastatt; traditionelles Frauenfrühstück

► **Tauberbischofsheim:** Musik-Kabarett am 9. ab 17.30 Uhr

► **Schwäbisch Hall:** Frauenpower 15 Uhr, 19.30 Frauenfest.

► **Villingen-Schwenningen:** Frauenwoche vom 1. bis 16.

► **Freudenstadt:** Rosen und Flugblätter vor den Betrieben

► **Heidenheim:** Infostand in der Fußgängerzone, Feier am 2. ab 14.30 Uhr. ◀